

## PRESSEMITTEILUNG

### Armenische Verbände und Organisation türkischer Staatsbürger fordern in Deutschland parlamentarische Stellungnahme zum Völkermord an den Armeniern

Wie am 17. April 2000 auf einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, überreichten die „**Arbeitsgruppe Anerkennung**“ sowie der „**Verein der Völkermordgegner e.V.**“ dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zwei Petitionen, in denen der deutsche Gesetzgeber aufgefordert wurde, den 1915 an anderthalb Millionen Armeniern des damaligen Osmanischen Reiches zu verurteilen und die Regierung sowie das Parlament der Republik Türkei aufzufordern, die bis heute bestrittene Tatsache des Genozids zuzugeben. Die Petenten erinnern in diesem Zusammenhang an eine Resolution des Europäischen Parlaments von 1987, das die Türkei für den Fall ihres EU-Beitritts zur Anerkennung des Völkermordes verpflichtet. „Ebenso unterstützen Sie mit dieser Entscheidung die Demokratisierungsprozesse innerhalb der Türkei sowie jene türkischen Staatsbürger, die in ihrer Heimat für den Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Verangenheit strafrechtlich belangt werden“, heißt es in dem Aufruf an die Abgeordneten.

Der Aufruf „Es ist Zeit: Völkermord verurteilen“ der Arbeitsgruppe Anerkennung erinnert daran, daß der Völkermord an den Armeniern Bestandteil des nationalistischen Programms zur Türkisierung Kleinasiens war. Nicht nur Armenier, sondern auch Griechen und Aramäer bzw. Assyrer wurden im Zeitraum 1914 bis 1923 Opfer von Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Massakern, so daß heute in der Republik Türkei nur noch 150000 Christen leben. 1914 dagegen lag die Zahl der christlichen Einwohner des Osmanischen Reiches bei knapp fünf Millionen.

Die „Arbeitsgruppe Anerkennung“ bildet einen Zusammenschluß des Zentralrats der Armenier in Deutschland e.V. mit dem Institut für Armenische Fragen e.V. und dem Informations- und Dokumentationszentrum Armenien sowie der Koordinationsgruppe Armenien der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die Petition der „Arbeitsgruppe Anerkennung“ wurde bisher von 2.500 Personen unterzeichnet, darunter zahlreiche in Deutschland lebende Türken, Kurden, Aramäer sowie Armenier. Zu den korporativen Erstunterzeichnern gehört der „**Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V. - TÜDAY**“. Als Unterstützer aus dem Ausland zeichneten führende Vertreter der Genozidforschung wie Prof. Yehuda Bauer (Internationales Institut für Holocaust-Forschung, Yad Vashem) und Prof. Israel Charny (Geschäftsführender Direktor des Holocaust- und Genozid-Instituts, Jerusalem).

Den Verein der Völkermordgegner gründeten 1998 vorwiegend in Deutschland lebende Staatsbürger der Türkei. Ihre Petition richtete sich ursprünglich an die Große Nationalversammlung der Republik Türkei. „Wir fordern“, schrieben die Petenten ihrem Parlament, „daß im 21. Jahrhundert Schluß ist mit Leugnung, Drohungen und Verleumdungen, daß der begangene Völkermord als eine historische Tatsache bestätigt wird und den betroffenen Völkern die Hand zu Friede und Versöhnung ausgestreckt wird.“ Das „aufrichtige Bemühen um Wiedergutmachung“ bilde sowohl „die größte Garantie für Frieden und Freundschaft“, als auch einen enormen Beitrag, um „unsere menschliche Würde zu retten“. Da das türkische Parlament den Empfang der von über zehntausend Staatsbürgern der Republik Türkei unterzeichneten

Petition im November 1999 verweigerte, sehen sich die Petenten sich nun gezwungen, das Parlament ihres Aufenthaltslandes anzurufen: „Bitte fordern Sie Ihre türkischen Parlamentarierkollegen zur Vergangenheitsbewältigung auf, denn sie ist unerläßlicher Bestandteil der Demokratisierung unseres Landes“, heißt es im Schreiben des „Vereins der Völkermordgegner“ an die bundesdeutschen Abgeordneten.